

Calmer Tagblatt

Nr. 207.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich, Anzeigenpreis: Die kleinspaltige Zeile Mk. 6.—
Wochenschriften Mk. 15.— Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Mittwoch, den 6. September 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtkosten Mk. 210.—, einschließlich Postgebühren
Mk. 210.— mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Vereinbarungen zwischen dem französischen Präsidenten der Materialbeschaffungskommission für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und dem Großindustriellen Stinnes werden nun veröffentlicht. Danach unternimmt ein großer deutscher Privatkonzern die Materiallieferung an Frankreich, allerdings nur unter der Bedingung, daß die zur Ausführung dieser Lieferung benötigten Kohlen von den Reparationslieferungen abgezogen werden. Die Vereinbarung bedarf noch der Genehmigung der deutschen und französischen Regierung.

Zur neuesten Wendung des Reparationsproblems erklärte der Reichskanzler, daß er nicht seine Hand dazu bieten werde, daß dem geringen Goldschatz der Reichsbank namhafte Beträge entnommen würden. Unsere Währung könne in erster Linie nur durch eine Auslandsanleihe gestützt werden. Er habe begründete Hoffnung, daß Amerika bei der Neuregelung des Reparationsproblems aktiver als bisher eingreifen werde. Demgegenüber hat aber der Oberst House, der bekannte Freund Wilsons, erklärt, Amerika werde vor den Neuwahlen (im November) nicht eingreifen können, und zwar aus „innerpolitischen“ Gründen.

Die führenden Blätter der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen veröffentlichen jetzt das Aktionsprogramm der vereinigten sozialistischen Parteien.

Auf der Konferenz der Ernährungsminister wurde die Durchführung der Getreideumlage in der festgesetzten Höhe als notwendig erachtet. Weiter wurde beschlossen, die Herstellung von Starfbieren zu verbieten. Der Inlandszucker soll nur für den Handgebrauch der Bevölkerung Verwendung finden.

Die Reparationsfrage.

Die Vereinbarungen über die Materiallieferungen an Frankreich.

Berlin, 5. Sept. Der Vereinbarung zwischen dem Marquis de Luberjac und Hugo Stinnes ist folgendes zu entnehmen: Als Vermittlungsstelle für die Ausführung der Sachlieferungen gilt die A.G. für Hoch- und Tiefbau in Essen gemäß dem Abkommen von Wiesbaden und Berlin. Diese Gesellschaft ist besonders in dem Aufbaubereich erfahren und hat unmittelbare Beziehungen zu der deutschen Industrie, die für den Aufbau in Frage kommt. Die „Hoch- und Tief“ ist berechtigt, für die allgemeinen Unkosten und den Nutzen einen Aufschlag zu berechnen, der in einem Falle 6 Prozent des Preises übersteigen darf, den sie in Deutschland für die gelieferte Ware bezahlt hat. Der Betrag dieses Aufschlages wird in die Summe mit einbezogen, die Deutschland für die tatsächlichen Sachlieferungen gutgeschrieben wird. In dieser Summe, die Deutschland gutgeschrieben wird, sollen ebenfalls die etwaigen Kosten einbezogen sein, die aus den Leistungen entstehen, die zwecks Finanzierung dieser Verträge seitens „Hoch- und Tief“ mit einem Bankkonsortium unter Führung der Dresdner Bank vereinbart werden. Die Materialien werden durch die „Hoch- und Tief“ geprüft und die Confédération générale des Coopératives de Reconstruction des Régions dévastées“ wird in der Prüfungskommission vertreten sein mit dem Recht, die Materialien anzunehmen oder abzulehnen. Die in Deutschland geprüften und abgenommenen Materialien dürfen in Frankreich nicht zurückgewiesen werden. Die „Hoch- und Tief“ wird unter ihrer Verantwortung die Bestellungen gemäß den bestehenden Vorschriften der deutschen Regierung erteilen. Die „Hoch- und Tief“ verpflichtet sich, Bestellungen an solche deutsche Firmen zu geben, die die Confédération präsentieren. Unter dem Vorbehalt der Prüfung und Abnahme in puncto Beschaffung und Preis hat Stinnes erklärt, daß es zur verstärkten Lieferung von Baumaterialien, wie Zement, Ziegelsteinen, Kalk, Dachziegel nötig sei, daß ein bestimmter Prozentsatz der monatlich von Deutschland an Frankreich gelieferten Kohlenmenge freigegeben wird, ein Prozentsatz, der dem für die Fabrikation dieser Materialien unbedingt nötigen Verbrauch entspricht. Die Verteilung dieser Kohle auf die verschiedenen Betriebe wird Sache der Firma Hugo Stinnes in Verbindung mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen Syndikat sein. Eine Kommission wird gemeinschaftlich die Kohlenverbrauchsfiguren für die erzeugten Materialien festsetzen. Luberjac erklärte, die Voraussetzung für die wirksame Durchführung der Sachlieferungen sei, daß der Preis der deutschen Materialien, die den französischen Lagern der zerstörten Gebiete zugeführt werden, auf keinen Fall den Preis der entsprechenden von dem französischen Markt gelieferten Materialien übersteigen dürfe, da die Kriegsschädigung der französischen Geschädigten demgemäß festgesetzt worden sei. Wenn die Verträge zu festen Preisen abgeschlossen werden, legt die Con-

deration Wert darauf, daß sie auf französische Papierfranken laufen. Es herrscht Einverständnis, daß dieses Abkommen nur unter der Voraussetzung gilt, daß die deutschen Warenlieferungen unter dem Titel „Sachlieferungen“ nach dem französischen Mindestzoll verzollt werden. Die Dauer der vorstehenden Uebereinkunft entspricht der der Abkommen von Wiesbaden und Berlin, doch müssen die Verträge, die gemäß diesen Abkommen geschlossen sind, auf jeden Fall den Bedingungen der genannten Abkommen entsprechend ausgeführt werden. Sollten Schwierigkeiten bei der Ausführung einer der Bestimmungen der gegenwärtigen Vereinbarung eintreten oder sollte höhere Gewalt die Ausführung verhindern, so werden Herr de Luberjac und Herr Stinnes mit größter Beschleunigung zusammenkommen, um sich über die zu ergreifenden Maßnahmen zu verständigen. Diese Vereinbarung setzt die am 14. August 1922 auf der Heimbürg unterzeichnete außer Kraft. Sie gilt vorbehaltlich der Genehmigung des Verwaltungsrats der Confédération.

Die Berliner Presse zu dem Abkommen.

Berlin, 5. Sept. Die Blätter messen dem zwischen Hugo Stinnes und dem Marquis de Luberjac abgeschlossenen Wiederaufbauvertrag größte wirtschaftliche und politische Bedeutung bei. Die „Wirtschaftliche Zeitung“ betont, daß diese Abmachung wohl kaum ohne ausdrückliche Zustimmung der französischen Regierung getroffen sein könne und daß insbesondere der französische Ministerpräsident Poincaré zu den Verhandlungen mit Hugo Stinnes seine Zustimmung gegeben haben müsse. Nach den Informationen des Blattes seien auch von Seiten der französischen Eisenindustrie außerhalb der Reparationsfrage Verbindungen mit den deutschen Industriellen gesucht worden. Von deutscher Seite habe man sich grundsätzlich zu solchen Verhandlungen bereit erklärt, jedoch müsse als Voraussetzung die Hoffnung dienen, bei günstigen Resultaten Veränderungen in der Okkupation der Rheinlande herbeizuführen. Die Fortsetzung der bisherigen Okkupationsmethoden würde eine Behinderung gemeinsamer wirtschaftlicher Betätigung sowohl in technischer als in politischer Beziehung darstellen. — Das „Berliner Tageblatt“ freut sich, feststellen zu können, daß das Wiesbadener Abkommen Rathenau, das Stinnes so heftig bekämpft habe, ihm schließlich noch eine recht brauchbare Grundlage für einen Vertrag gegeben habe, der ohne dieses Abkommen zweifellos nicht in dieser Form und in diesem Umfang möglich gewesen wäre. — Der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt, der erste Eindruck, den man von diesem Vertragsabschluß erhalte, sei jedenfalls insofern ein günstiger, als hier endlich einmal unmittelbare praktische Arbeit angestrebt und nach den Faktoren zu urteilen, die dabei beteiligt gewesen seien, auch verbürgt werde. Wie das Blatt mitteilt, wird im Reichsverband der deutschen Industrie das Abkommen heute dem Präsidium und morgen dem Plenum zur Beratung vorgelegt werden. — Im „Vorwärts“ findet der Vertrag scharfe Ablehnung. Das Abkommen verteuere, wie das Blatt schreibt, nämlich die Lieferungen zu Gunsten weniger Privatproduzenten und einiger deutscher Finanzgroßmächte und zerföhre für die nächsten Jahre jede Hoffnung auf eine sparsame Wirtschaft. — Wie die „Times“ im Zusammenhang mit dem abgeschlossenen Vertrag hört, werden die französischen Bevollmächtigten demnächst zu neuen Verhandlungen von Frankreich nach Deutschland zurückkehren.

Die Gewerkschaftsführer beim Reichskanzler.

Berlin, 5. Sept. Gestern fanden neue Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften über die Regierungsmassnahmen gegen die Teuerung statt. Reichskanzler Dr. Wirth gab eine Uebersicht über die politische Lage und erklärte, er werde keinesfalls seine Hand dazu bieten, aus dem mageren Goldschatz der Reichsbank namhafte Beträge herzugeben. Er habe nicht unbegründete Hoffnung, daß Amerika in die Neuregelung des Reparationsproblems aktiver als bisher eingreifen werde. Ein Vertreter des Allgem. deutschen Gewerkschaftsbundes forderte von der Regierung schnelleres und intensiveres Arbeiten bei der Wucherbekämpfung. Einen breiten Raum in der Besprechung nahm die Erörterung über die vom Allgem. deutschen Gewerkschaftsbund gewünschte Wiedereinführung der Zwangswirtschaft ein. Der Reichskanzler erklärte, die Frage der Wiedereinführung der Zwangswirtschaft müsse von Fall zu Fall erwogen werden. Die Regierung sei bemüht, durch Vorschüsse an Beamte und Arbeiter bei der Winterversorgung nach Kräften behilflich zu sein. Der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes betonte, die Regierung möge vor allem den Zerfall der Währung zu verhindern suchen. Der Reichskanzler erwiderte, daß die Voraussetzung für die Stützung unserer Währung in erster Linie eine Auslandsanleihe sei, und daß die Bedingung für diese Anleihe die Sanierung des Budgets sei. Zum Schluß erklärte der Reichskanzler seine Zustimmung zu dem Wunsche eines Gewerkschaftsvertreters, daß zu den späteren Zusammenkünften auch der Reichswirtschaftsminister und der

Reichsarbeitsminister hinzugezogen würden und teilte mit, daß im Laufe dieser Woche eine erneute Zusammenkunft mit den beiden Ministern stattfinden würde.

Zur auswärtigen Lage.

Die Geschäftsordnung für die Völkerverbundstagung.

Genf, 5. Sept. Die Völkerverbundstagung bildete gestern 6 große Ausschüsse, die sich folgendermaßen in der Arbeit der Versammlung teilten: 1) Verfassungs- und Rechtsfragen, 2) technische Organisation, 3) Abrüstung, 4) Haushalts- und Finanzfragen, 5) allgemeine Fragen, 6) politische Angelegenheiten. Außerdem wurde eine Kommission aus 5 Mitgliedern mit der Prüfung der Tagesordnung und der Aufnahme eventueller neuer Verhandlungsgegenstände beauftragt. Im Verlaufe der weiteren Sitzung wurde die vorläufig aufgestellte Tagesordnung gebilligt. Ein litauischer Protest gegen die Willkürakte Polens in Wilna wurde der Kommission überwiesen, die sich in kurzer Frist über die Aufnahme oder die Nichtaufnahme dieser Frage in die Tagesordnung äußern soll.

Genf, 5. Sept. Der Völkerverbundsrat genehmigte in seiner gestrigen Abend Sitzung einen Bericht der ständigen Mandatskommission für die Verwaltung der früheren deutschen Kolonien. Er sprach der Kommission seine lebhafteste Anerkennung (1) aus und beschloß, den Mandatsmächten die von der Kommission formulierten Wünsche zu übermitteln.

Der Danziger Senat gegen polnische Hege und Bevormundung.

Der Danziger diplomatische Vertreter der Republik Polen, Minister Pluczynski, hat in einer Unterredung mit einem Redaktionsmitglied des „Kurjer Warszawski“ die Behauptung aufgestellt, daß die Freie Stadt Danzig die ihr nach dem Danzig-polnischen Abkommen vom 24. Oktober 1921 und den Entscheidungen des Oberkommissars des Völkerverbundes obliegenden Verpflichtungen nicht erfüllt habe:

1. Bei Ausweisung polnischer Staatsangehöriger,
2. Bei Uebernahme der polnischen Vorschriften im Bereiche der Statistik,
3. Bei Begründung polnischer Zweigniederlassungen im Gebiete der Freien Stadt Danzig.

Wie von zuständiger Seite erklärt wird, sind diese Vorwürfe, die der diplomatische Vertreter auch in verschiedenen an den Senat gerichteten Schreiben erhoben hat, mehrfach durch den Senat in Noten eingehend widerlegt worden. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Die Entscheidung des Völkerverbundes vom 13. Mai 1922 stellt lediglich fest, daß die Danziger Regierung zur Ausweisung polnischer Staatsangehöriger berechtigt ist und daß die polnische Regierung das Recht hat, gegen eine solche Maßnahme im Einzelfall an den Oberkommissar des Völkerverbundes zu appellieren. Die Behauptung des diplomatischen Vertreters der Republik Polen, daß Danzig durch den Beschluß des Völkerverbundes verpflichtet sei, vor der Ausweisung eines Polen dessen Namen und den Grund der Ausweisung der polnischen Regierung mitzuteilen, entbehrt daher jeder Grundlage; ebenso ist die Behauptung, daß Danzig den polnischen Vorschriften betreffs der Statistik nicht nachkomme, falsch, denn Polen verlangte nicht eine Statistik, sondern eine Außenhandelsstatistik, bezüglich der Danzig den polnischen Vorschriften nicht unterworfen ist, da dies ein selbständiger Verwaltungszweig in Danzig ist. Bei dem dritten Fall beruft sich der polnische Vertreter auf den letzten Absatz des Art. 41 des Danzig-polnischen Abkommens, wonach den polnischen Gesellschaften der Gewerbebetrieb in Danzig gestattet ist. Aber in diesem Artikel ist von einer Eintragung in das Gerichtsregister als Zweigniederlassung nicht die Rede, dagegen wird im Artikel 37 des erwähnten Abkommens ausdrücklich bestimmt, daß die Begründung einer Zweigniederlassung durch eine ausländische Gesellschaft im Gebiete der Freien Stadt Danzig der Genehmigung derselben bedarf. Der polnische diplomatische Vertreter begnügte sich jedoch nicht mit seinem formellen Protest, sondern er wandte dabei Ausdrücke an, wie „krasse Unrechtmäßigkeit“, „Mangel an gutem Willen“ und „unfruchtbare Schikane“. Außerdem enthielt das Schreiben an den Senat die Drohung, daß die polnische Regierung unabhängig von ihren Maßnahmen bei den internationalen Behörden sofort Verordnungen zum Schutze ihres Rechtes erlassen werde ohne Rücksicht darauf, welche Folgen dies für die Freie Stadt Danzig haben werde. Wie dazu mitgeteilt wird, hat der Senat wegen dieses Verhaltens des polnischen Vertreters den Schutz des Oberkommissars des Völkerverbundes angerufen. Außerdem hat der Senat auch beim Oberkommissar dagegen protestiert, daß der Vertreter der Republik Polen im Namen der polnischen Regierung fremde Flotten in Danzig offiziell begrüßt, wie z. B. die schwedische Flotte mit den Worten: „Die polnische Regierung hat mich beauftragt, die schwedische Flotte zu begrüßen in

dem Augenblick, wo sie zum ersten Male Polen in Danzig besucht. Dieses Verhalten des polnischen Vertreters widerspricht der Selbstständigkeit der Freien Stadt und verstößt gegen die Konvention. Interessant ist im Hinblick auf diese Vorgänge, daß Polen der Freien Stadt Danzig bereits seit dreiwertel Jahren über 1 Million Mark für verschiedene Lieferungen schuldet. Der diplomatische Vertreter hat sich auf eine Mahnung des Senats geweigert, diese Mahnung an seine Regierung weiterzugeben, weil angeblich Danzig seine Vertragspflicht nicht erfülle. Voraussetzungen wird ein Teil dieser Fragen noch auf der Völkervereinigung geregelt werden.

Zum griechischen Milchzug.

Paris, 5. Sept. Nach einer amtlichen Meldung aus Athen hat das erste griechische Armeekorps, von dem man bisher keine Nachricht hatte, sich westlich von Ushak mit dem Gros der griechischen Armee vereinigt.

Militärische Räumung Sibiriens durch Japan.

Paris, 5. Sept. Nach einer Havas-Meldung aus Tokio hat gestern die militärische Räumung Sibiriens durch Japan begonnen.

Die Einigung der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen.

Das Aktionsprogramm.

Berlin, 6. Sept. „Vorwärts“ und „Freiheit“ veröffentlichen das von den Parteivorständen der beiden sozialistischen Parteien gemeinsam ausgearbeitete Aktionsprogramm der Vereinigten sozialistischen Partei Deutschlands. In dem Programm werden folgende Kampfziele der Partei aufgestellt: 1) Schutz der Republik. In der Erkenntnis, daß die demokratische Republik für den Kampf des arbeitenden Volkes den weitesten Spielraum, die sicherste Grundlage und den Ausgangspunkt für die Bewirkung des Sozialismus bietet, fordert die „Vereinigte sozialistische Partei Deutschlands“ den schärfsten und rücksichtslosesten Kampf gegen alle Bestrebungen zur Wiederherstellung der Monarchie. Festigung der Reichseinheit und der Republik zum organisch gegliederten Einheitsstaat. 2) Kampf gegen die Klassenjustiz. Umgestaltung des gesamten Rechtswesens nach sozialistischen Grundsätzen. 3) Finanz- und Wirtschaftspolitik. Grundlegende, umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Quellenbesteuerung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgebaut werden soll, unmittelbare Beteiligung des Reichs an den Erträgen der kapitalistischen Unternehmungen, schärfste Besteuerung der Spekulationsgewinne, Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Wertungsgewinne usw. Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln unter Mitwirkung der Genossenschaften, Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues, Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole, Sozialisierung der Schlüsselindustrien, besonders des Bergbaues. 4) Sozialpolitik. Schutz der Arbeitskraft durch Ausbau der Sozialgesetzgebung, Abwehr aller Angriffe auf den Achtstundentag, Sicherung der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts, Erlass der technischen Nothilfe durch Einrichtungen, welche die Notstandsarbeiten in lebenswichtigen Betrieben der Selbstdisziplin der Arbeiter unter Mitwirkung der Gewerkschaften sichern, Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes, Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räte-systems zu einer Vertretung der sozial- und wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten. 5) Volksgesundheit und Volkserziehung. Vergesellschaftung des Gesundheitswesens, der Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, Einheitschule mit weltlichem Charakter, Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit. 6) Internationale Politik. Die „Vereinigte sozialistische Partei Deutschlands“ fordert die Fortsetzung einer Außenpolitik der Verständigung und des Wiederaufbaus unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit Deutschlands. Sie anerkennt in dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs eine moralische Pflicht Deutschlands. Sie gibt aber der Überzeugung Ausdruck, daß die fortschreitende Zerrüttung der deutschen Staats- und Volkswirtschaft, sowie der furchtbare Währungszerfall ausreichende Erleichterungen der Reparationslasten zu einer dringenden wirtschaftlichen Notwendigkeit machen. Der Kampf gegen die imperialistische Politik, für die Abänderung der Friedensverträge, für die Überwindung der Macht- und Gewaltspolitik durch eine internationale Rechtsorganisation erfordert den Zusammenschluß des Weltproletariats zu einer einheitlich gefestigten Kampfgenossenschaft.

Deutschland.

Die Konferenz der Ernährungsminister. Maßnahmen zur Erleichterung der Volksernährung.

Hamburg, 5. Sept. Die Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister, die hier Montag und Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsministers Fehr tagte, hat eine Entscheidung gefaßt, in der es heißt: Da in Deutschland nach dem Verlust wertvoller landwirtschaftlicher Gebiete noch weniger als früher genügend Nahrungsmittel erzeugt werden können und Deutschland namentlich auf dem Gebiete der Versorgung mit Brotgetreide, Futtermitteln und Fetten in hohem Maße auf Einfuhr angewiesen ist, kann eine wirkliche Besserung hinsichtlich des Standes der Ernährung und hinsichtlich der Preise bei dem heutigen Stand der Produktion nicht ohne Aenderung der allgemeinen Wirtschaftslage Deutschlands eintreten. Voraussetzung hierzu ist in erster Linie die Befreiung Deutschlands von dem Druck übermäßiger War- und Sachlieferungen an die Entente. Die Ministerkonferenz ist einmütig der Überzeugung, daß alle Maßnahmen getroffen werden müssen, die auf eine sparsame und zweckmäßige Verwendung der vorhandenen Nahrungsmittel im Inlande Einfluß haben können, und daß auch auf eine erträgliche Preisgestaltung hingewirkt werden muß.

Sie spricht sich daher für ein Verbot der Herstellung von Starbieren und im übrigen für eine Einschränkung der Bierherstellung aus. Sie hält es weiter für notwendig, daß die Ver-

wendung von Inlandszucker für Liköre, bei der Herstellung von Branntwein, zu Schokolade und Süßigkeiten alsbald verboten wird. Sie hält es weiter für notwendig, in dem demnächst beginnenden neuen Zuckerwirtschaftsjahr Maßnahmen dahin zu treffen, daß der inländische Zucker in erster Linie der Bevölkerung zum Handgebrauch zugeführt wird. Auf dem Gebiete der Brotversorgung muß die Umlage in ihrer gegenseitig festgelegten Höhe durchgeführt werden. Die Konferenz vertritt sich dabei nicht der Tatsache, daß bei der Festsetzung der Preise für das Umlage-Getreide der Geldwert und den heutigen Produktionskosten Rechnung getragen werden muß. Von den Strafandrohungen muß unnahezu jeder Gebrauch gemacht werden gegen die, die andere auffordern, sich der Ablieferung der Umlage zu widersetzen. Die Konferenz empfiehlt weiter eine Prüfung, ob durch eine allgemeine Herabsetzung des Ausnahmszuges für freies Getreide Ersparnisse gemacht werden können. Die Ausgestaltung der Kinderleistungen, der öffentlichen Speisungen und der Abgabe von Lebensmitteln an besonders Bedürftige zu ermäßigten Preisen wird geprüft werden müssen.

Überwachung der Preisgestaltung.

Berlin, 3. Sept. Wie der amtliche preußische Pressebericht mitteilt, hat das preußische Ministerium des Innern eine Verordnung erlassen, wonach vornehmlich die Preisgestaltung der unentbehrlichen Gegenstände des täglichen Bedarfs wie des Fleisches, des Zuckers, der Fette, der Milch, des Brotes und der Kartoffeln, des Obstes und des Gemüses, der Kleidungsstücke und des Schuhwerks, der Häute und Kohlen fortlaufend und eingehend zu überwachen ist. Zu diesem Zwecke sollen bei Erzeugern und Händlern, auf Märkten, in Betrieben und Geschäften die Preise der in Betracht kommenden Gegenstände nach den maßgebenden Grundsätzen der Preisberechnung, insbesondere nach den Herstellungskosten, nachgeprüft werden. Wo die Vorschriften über Preisgebühren und Preisverzeichnisse aufgehoben sein sollten, sind diese sofort wieder in Kraft zu setzen und ihre Durchführung unter Berücksichtigung der Währungsverhältnisse für Ausländer streng zu überwachen. Bei Entgegennahme von Strafanzeigen aus der Bevölkerung haben die Polizeibehörden jedes Entgegenkommen zu zeigen, um die Strafverfolgung zu beschleunigen. Endlich ist dahin zu wirken, daß die Preisprüfungsstellen ihre wichtige Aufgabe mit Eifer ausführen und durchführen.

Nürnberg, 3. Sept. Gelegentlich der in Nürnberg gehaltenen Herbsttagung des Großhändlerverbands „Nürnberger Bund“ ist eine Entschließung einstimmig gefaßt worden, die nach wie vor für rücksichtslose Bekämpfung des wirklichen Wucherers eintritt. Sie hält es aber für absolut erforderlich, daß bei der Preisbildung der Warenanschaffungspreis allgemein die gesetzliche Anerkennung finde, daß ferner vor Beginn eines gerichtlichen Verfahrens das Urteil von Sachverständigen zu hören sei und sie stellt als weitere Forderung auf, daß eine Befreiung der Ausnahmegerichte erfolge, mindestens aber eine Verfassungsinstanz geboten werde.

Maßnahmen in Preußen gegen das Schlemmerwesen.

Berlin, 5. Sept. Das preußische Ministerium des Innern veröffentlicht heute eine Verordnung gegen das Schlemmerwesen. Der Sinn der neuen Maßnahme ist, den Konsum in den Gasthäusern, Kneipen, Bars usw., der über eine jeweils in den einzelnen Ortlichkeiten von der Behörde festzustellende Höchstgrenze hinausgeht, durch eine gestaffelte Steuer zu erfassen und die aus dieser Steuer eingehenden Gelder Fonds zuzuführen, die der Lebensmittelversorgung und der unbemittelten Bevölkerung zugute kommen sollen.

Die Gehaltserhöhungen für September.

Berlin, 5. Sept. Die mit den Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter im Reichsfinanzministerium geführten Verhandlungen über die Erhöhung der Bezüge führen zu später Nachtstunden zu einem Einvernehmen vorübergehend der Zustimmung von Reichsrat und Reichstag dahin, daß vom 1. September ab eine Erhöhung der Gesamtbezüge gegenüber den Augustbezügen um rund 30 Prozent eintritt. Zur Festsetzung der Lohnsätze für die Arbeiter in den Reichsbetrieben und der Reichsverwaltung werden heute die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium fortgesetzt.

Berlin, 5. Sept. Das Reichskabinett und der Reichsrat haben der mit den Organisationen vereinbarten Erhöhung der Teuerungszuschläge ihre Zustimmung erteilt.

Die Lohnerhöhungen für die Reichsarbeiter.

Berlin, 5. Sept. Die Neuregelung der Löhne für die Arbeiter bei der Reichsverwaltung und in den Reichsbetrieben für September ist heute mit den Gewerkschaften vereinbart worden. Die Lohnerhöhung beträgt bei mehr als 24jährigen Arbeitern im allgemeinen in Ostklasse 12 Mark in der Stunde, bei mehr als 24jährigen Arbeiterinnen 7,90 Mark in der Stunde.

Die Bergarbeiterverbände gegen weitere Übergriffe.

Berlin, 5. Sept. Der Alte Bergarbeiterverband und die übrigen Verbände und Gewerkschaften haben nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ sich gegen eine Erweiterung der Übergriffe im Bergbau ausgesprochen, die zur Garantierung der Reparationslieferungen in dem Plane von Stinnes vorgesehen war. Die ablehnende Haltung wird damit begründet, daß die Durchführung des am 1. September in Kraft getretenen Übergriffsabkommens bereits an verschiedenen Stellen wegen der körperlichen Beschaffenheit der Bergleute auf Schwierigkeiten stößt.

Ein Attentat auf die Mannheimer Getreidebörse.

Mannheim, 5. Sept. Heute Nachmittag 1/2 Uhr betrat ein junger Mann namens Janßen ohne Erlaubnis den Saal des hiesigen Börsegebäudes und warf eine Handgranate in den Saal. Verschiedene Stände, sowie auch Fenstergehäusen wurden beschädigt. Es war ein Glück, daß kein Börsenverkehr stattfand und somit nur Sachschaden entstand. Janßen gehört, wie die „Neue Badische Landeszeitung“ vernimmt, zu der hiesigen Gruppe der sogenannten Nationalsozialisten. Auf seiner Flucht in der

Richtung zum Schloß bedrohte er die Passanten mit einem Revolver, doch konnte er festgenommen werden.

Die Frage der päpstlichen Friedensvermittlung 1917.

Berlin, 2. Sept. Der zweite Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses hat in der Untersuchung der päpstlichen Friedensvermittlung des Jahres 1917 u. a. festgestellt, daß ein Friedensangebot Englands im Sommer 1917 nicht vorgelegen habe. Ebenjowenig könne von einer Verständigungsbereitschaft auf feindlicher Seite und einer starken Friedensbereitschaft gesprochen werden. Eine erste, von Seiten der deutschen Regierung gewissenhaft zu prüfende Friedensmöglichkeit sei zu Beginn der päpstlichen Friedensvermittlung vorhanden gewesen. Die Ereignisse der Monate Juli und August in Deutschland und Österreich-Ungarn hätten die Ansicht nicht sehr stark Friedensgenelgtheit der Westmächte nicht erhöht. Die deutsche Regierung habe in der formellen Behandlung der päpstlichen Friedensaktion Fehler begangen. Es könne als wahrscheinlich bezeichnet werden, daß England und Frankreich Ende August 1917 ein Eingehen auf die päpstliche Friedensvermittlung als nicht in ihrem Interesse liegend betrachteten. Die Frage, ob die päpstliche Friedensaktion allein durch die Verzögerung der von der Kurie gewünschten Erklärung über die Freigabe Belgiens vereitelt worden ist, könne nicht bejaht werden. — Die Feststellungen werden sich gegen Äußerungen des Kardinals Faulhaber, der auf dem Münchener Katholikentag bemerkt hatte, Deutschland habe 1917 nicht den Gang nach „Canossa“ antreten wollen, nun habe es 1922 nach Genua gehen müssen. Der Untersuchungsausschuß hat nun festgestellt, daß die Westmächte die Friedensvermittlung abgelehnt hätten.

Drei Brote für eine Lehrstunde.

Nach einer Meldung der „Mittler Zeitung“ gibt die Lehrervereinigung in Burg bei Magdeburg bekannt, daß sie bei der Geldentwertung die Entschädigung für Privatstunden künftig nach dem Brotpreis berechnen werde. Der Mindestpreis für eine Privatstunde soll dem Wert von drei Broten gleichen. Der Lehrerverein sieht in diesem Verfahren die einzige Möglichkeit, die geistigen Arbeiter vor gänzlicher Verarmung zu schützen.

Ich verkaufe nur an Deutsche.

Das „Mannheimer Tageblatt“ berichtet aus Darmstadt: „In einem hiesigen Geschäft liegt im Schaufenster eine Fünfdollarnote mit folgender Aufschrift: „Für diesen Schein bekam der Ausländer früher Waren im Werte von 26,25 Mark, jetzt jedoch solche für 7000 Mark. Ich verkaufe nur an Deutsche.“ Möge diese Firma recht bald viele Nachahmer finden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 6. September 1922.

Der neue Winterfahrplan.

Wie dem Nachrichtenblatt der Oberpostdirektion Stuttgart zu entnehmen ist, wird der neue Winterfahrplan voraussichtlich am 8. Oktober in Kraft treten.

Die wahnsinnige Papierpreisteuerung.

Der Verband deutscher Druckpapierfabrikanten hat mit sofortiger Wirkung eine weitere Preiserhöhung von 75 auf 84 Mark für das Kilogramm angekündigt. Dabei ist dieser neue Preis nur für die erste Hälfte des September bindend. Dies bedeutet selbst für die kleinsten Zeitungen eine weitere monatliche Ausgabe von Zehntausenden von Mark. Ueber die Presse bricht der Existenzkampf mit Macht herein. Er kann nur durchgehalten werden, wenn die Leser treu zu ihrem Blatte stehen und ihre Zeitung nicht im Stiche lassen.

Neue Reichsbanknoten.

Die Reichsbank bringt demnächst eine neue Fünfhundertmarknote heraus, die im sogenannten Zwölfdruckverfahren hergestellt ist und gegenüber der bisherigen Fünfhundertmarknote in der Scheidform, die angesichts des großen Bedarfs rasch hergestellt werden mußte, auch in künstlerischer Hinsicht einen Fortschritt darstellt. Die Banknote ist auf eigens präpariertem doppelfarbigem Wasserzeichenpapier in Zwölfdruckverfahren hergestellt und zeigt auf der Vorderseite als charakteristisches Merkmal in der rechten oberen Ecke das Bild eines Junkers, die Kopie eines Gemäldes aus dem Basler Museum, das von einem unbekannten Künstler stammt, und zweimal die Zahl 500 in hellen und dunklen Farben.

Tierseuchenstand.

Nach einer Zusammenstellung des Statistischen Landesamts herrschte Ende August die Maul- und Klauenseuche in 6 Oberämtern mit 10 Gemeinden und 22 Gehöften (neu in 4 Gemeinden). Schafräude ist in 10 Oberämtern mit 21 Gemeinden, Pferdebräude in 7 Oberämtern mit 8 Gemeinden, die ansteckende Blutarmut der Pferde in 15 Oberämtern mit 23 Gemeinden und die Kopfkrankheit der Pferde in 9 Oberämtern mit 14 Gemeinden. In je einem Gehöft des Oa. Welzheim wurde Milzbrand und Schweinerotlauf, im Oberamt Ehingen Bläschen-Ausschlag des Rindviehs und im Oberamt Göppingen Schweinepeste und Schweinepest festgestellt.

Wetterbericht für Donnerstag und Freitag.

Die Störungen werden durch den Hochdruck im Norden aufgelöst. Bei kühler Temperatur ist am Donnerstag und Freitag in der Hauptphase trockenes, aber noch vielfach bedecktes Wetter zu erwarten.

Fahnenweihe des Kriegervereins Aigenbach.

Aigenbach, 4. Sept. Wohl selten haben die Aigenbacher so nach dem Wetter ausgeschaut, als am vergangenen Samstag. Hatten sich doch im Lauf der Woche viele fleißige Hände geregt, um alles auf unser Fest auf das Schönste vorzubereiten, und da sollte die ausgemachte Mühe doch auch belohnt werden. Und der Wettergott hatte einigermaßen unsere Stoßfeuer erhört, nur litt die Veranstaltung etwas unter dem herblich-kühlen Wind, der über die Stoppeln strich. Am Sonntag morgen in aller Frühe zeigten drei kräftige Böllerschüsse an, daß der Tag der Fahnenweihe angebrochen war. Nicht lang

darauf traf die Salvo die Tagewacht. Das Dorf wird belebt, der Verein an; jeder teilt zum Teil in weiß, zum mit einem Kranz von Musik ging es dann, einmal, wo nach Abingen Majer von Neuweil der er in väterlicher Weise mit auf den Festtag eingeleitet wurde. Vereine aus der Umge wurden sie in feierlicher Festzug auf, an dem verein Breitenberg, weiter, Röttenbach, Haugstett, Aigenbach, und Aigenbach mit ihren Tugten. Zwei Festzüge der sich durch die Ort Die Fahnen stellen. Breitenberg sang: Kamerad G. W. r einen Kranz im Ram. Beg. Obmann, Herr legte als Gruß der. Hierauf intonierte die allen mitgeführten wu. Tolen, die in fremder Schmerz. Nun ging es. Nach dem der. Stehe fest, o Vater Herr Johs. Majer herzlich willkommen. 3 Böllerschüsse trach. Gebietet die Fahne d. men versprach. Nach des Hand“ hielt der die Wehrrede, wobei hat. Vor allem vertretu bereit für des. tut in der Familie, heute mehr als je, wter wies er darauf h. festzuhalten am deut. pflegen. Ausgehend der eine Seite der. 1914/18, das Niemal. wtr unserer Jugend. Kameradschaft im. den Opferinn, der. Uch daran, daß w. eine große Dankes. dem Zugriff der. auf das schöne Sch. wirkungsvolle Rede, schönes Schwabenla. K. A. die besten des und gab seiner. Feste teilnehmen zu. Anläßen (Denkmals. Art verglich er die. Nachbarvereine. Gev. seiner Gründung vor. endlich eine Samml. Witwen und Waise. Weiden der Kamera. verein Breitenberg. eigentliche Festveran. hatte, ging man über. Gelegenheit zu einem. stellt, die in regen.

Von roten Erzählung aus dem

Unterwöhr, der. Feiertag Peter und über liegenden Dor. dieser großen Bru. Rettung der Dorf. muß ihnen alle Ja. müller einen groß. Baden und liefern. herrliche Kuchengeb. hergebrachte Sieder. Auch an Peter. Unter den 16 Ho. geschriebener Ordn. die beiden erstenma. Zug zur Kirche ge. In stillem Glück zi. an die Dorfmitthe. und dann in das. Strümpfe, rotes Ge. sie ist wieder in rot. schwarzem Wieder. von Trommel und. wöhrd. Hier setzen. Welten und begin.

einem Res
ung 1917
parlamente
scheidung der
u. a. fest
ommer 1917
er Verfassun
arken Frie
von seiten
Friedens
bermittlung
Zust und
ten die an
achte nicht
en Behands
Es könne
und Franke
Friedens
berachteten
durch die
acht wer
rungen des
Katholikent
Gang nach
enua geht
estellt, daß
hatten.

die Lehrer
ne bei der
ten künftig
stpreis für
eichen. Der
Möglichkeit,
hülen.

ststadt: „In
Zinsdollar
bekam der
jekt jedoch
e“. Möge

ber 1922.

tuttgart zu
sichtlich am

ng.
mit sofor
84 Mark
es bedeutet
stliche Aus
bricht der
stgehalten
und ihre

ndertmar
hergestellt
ankarte im
hergestellt
fortschritt
oppelharbi
estellt und
mal in der
opie eines
unkann
hellen und

andesamts
in 6 Ober
4 Gemein
Gemeinden,
anstedende
einden und
4 Gemein
Milzbrand
Ausschlag
eseuche und

eitag.
n aufgelöst.
itag in der
tter zu er

nbach.

her so nach
Hatten sich
im alles auf
die aufge
bergott hatte
eranstaltung
ppeln strich.
Böllerschüsse
Nicht lange

darauf traf die Calwer Stabkapelle ein und spielte in vorzüglicher Weise die Tagewacht. Nun wurde es munter im Ort, und bald war das Dorf belebt von zahlreichen Fahnen. Gegen 11 Uhr trat der Verein an; jeder trug seine Auszeichnungen. Die Festjungfrauen, zum Teil in weiß, zum Teil in der schönen alten Tracht, geschmückt mit einem Kranz von Eichenlaub, trugen die verhängte Fahne. Mit Musik ging es dann, allerdings recht unliebsam verspätet, zum Denkmal, wo nach Absingen des Liedes „Ein feste Burg“ Herr Pfarrer Maier von Neuweiler über Psal. 2, 1-2 eine Ansprache hielt, in der er in väterlicher Weise unserem Verein gute Ermahnungen und Wünsche mit auf den Weg gab. Nachdem in erster Sammlung der Festtag eingeleitet war, verkündeten Böllerschüsse das Eintreffen der Vereine aus der Umgegend. Von den Festjungfrauen und der Musik wurden sie in feierlicher Weise eingeholt. Gegen 2 Uhr stellte sich der Festzug auf, an dem sich der Kriegerverein Breitenberg, der Gesangsverein Breitenberg, die Kriegervereine Neuweiler, Aichhalden-Oberweiler, Mütenbach, Javelstein, Calw, Viebelsberg, Neubulach, Oberhaugstett, Aigenberg, Martinsmoos, Teinach, Altburg und Umgebung und Michelberg mit ihren Fahnen und zahlreichen Mitgliedern beteiligten. Zwei Festreiter schritten an die Spitze des langen Festzugs, der sich durch die Ortschaft bewegte und am Denkmal Halt machte. Die Fahnen stellten sich vor dem Denkmal auf, der Gesangsverein Breitenberg sang: „Wir liebten uns wie Brüder“ und unser junger Kamerad Gg. Wurfte hielt eine markige Ansprache und legte einen Kranz im Namen des Vereins nieder. Darauf gedachte unser Bez.-Obmann, Herr Oberrealschuler Kuchle, unserer Gefallenen und legte als Gruß der Holzbronner Kameraden einen Kranz nieder. Hierauf intonierte die Musik „Ich hatt' einen Kameraden“, das von allen mitgesungen wurde. Unsere Gedanken weilten bei unseren lieben Toten, die in fremder Erde ruhen, und manches Herz übermannte der Schmerz. Nun ging es weiter durch den Ort und zurück auf den Festplatz. Nachdem der gemischte Chor Aigenbach das kraftvolle Lied „Siehe fest, o Vaterland“ vorgetragen hatte, trat unser Vorstand, Herr Johs. Maissenbacher, an das Rednerpult und hielt alle herzlich willkommen. Darauf enthielten die Festjungfrauen die Fahne, 3 Böllerschüsse krachten, und eine Festjungfrau übergab mit einem Gebicht die Fahne dem Fahnenträger, der sie in gute Obhut zu nehmen versprach. Nach einem weiteren Lied „Vaterland, ruh' in Gottes Hand“ hielt der Schiffsführer des Vereins, Lehrer Pleiske, die Weihrede, wobei er aufzeigte, was alles die Fahne uns zu sagen hat. Vor allem verbreitete er sich über den Fahnenpruch: „Allezzeit treu bereit für des Reiches Einigkeit“ und zeigte, daß Einigkeit Not tut in der Familie, im Verein, in der Gemeinde, im Vaterland — heute mehr als je, wenn wir nicht als Volk untergehen wollen. Weiter wies er darauf hin, die Einheit des Reiches zu erhalten zu suchen, festzuhalten an deutschem Volkstum, bewussten Deutschsein allezeit zu pflegen. Ausgehend von dem Stahlhelm mit gekreuzten Schwertern, der eine Seite der Fahne ziert, erinnerte er an das Helbentum von 1914/18, das niemals verlassen darf in unserer Erinnerung und das wir unserer Jugend allezeit vor Augen stellen sollten, an die gute Kameradschaft im Felde, die auch jetzt noch gepflegt werden soll, an den Opfersinn, der in unseren Kriegervereinen weiter lebt und endlich daran, daß wir denjenigen, die den Stahlhelm getragen haben, eine große Dankeschuld abzutragen haben, weil sie die Heimat vor dem Zugriff der Feinde geschützt haben. Mit einem kräftigen Hoch auf das schöne Schwabenland, unsere liebe Heimat beschloß er seine wirkungsvolle Rede, worauf der gemischte Chor sang: „Gloria, du schönes Schwabenland. Hierauf übermittelte Herr Oberrealschuler Kuchle die besten Grüße des Präsidiums des Württ. Kriegerbundes und gab seiner Freude darüber Ausdruck, einmal bei einem frohen Feste teilnehmen zu dürfen; bisher habe er immer nur bei ersten Anlässen (Denkmaleinweihungen) gesprochen. In seiner launigen Art verglich er die Fahnenweihe mit einer Kindstaupe, wobei die Nachbarvereine Gevatter stehen. Er freute sich, daß der Verein seit seiner Gründung von 33 auf 41 Mitglieder angewachsen ist. Er regte endlich eine Sammlung an zur Unterstützung bedürftiger Kameraden, Witwen und Waisen, die um 1000 M. erbrachte: ein sichtbares Zeichen der Kameradschaft und des Opfersinns. Nachdem der Gesangsverein Breitenberg durch den Vortrag von „Kriegers Heimkehr“ die eigentliche Festveranstaltung zu einem würdigen Abschluß gebracht hatte, ging man über zum gemütlichen Teil. Die Jugend hatte Gelegenheit zu einem Tänzchen, auch war eine Schiffschaukel aufgestellt, die in regen Betrieb genommen wurde, bis der einsehende

Regen alles zum Sturm auf das Gasthaus zum „Lamm“ veranlaßte, wo man bei guter Laune noch lange aushielt. Allen, die zum guten Gelingen der Feier beigetragen haben, sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt. Der Tag wird uns unvergeßlich sein!

Abschluß des landwirtschaftlichen Genossenschaftstags.

(S.G.B.) Stuttgart, 4. Sept. Am 2. September fand der 36. Deutsche landw. Genossenschaftstag mit einem Ausflug nach dem Bodensee seinen Abschluß, nachdem die Verhandlungstage zuvor eine Fülle von Anregungen gebracht hatten. Die Genossenschaften sind die berufenen Organe der Selbsthilfe der Landwirtschaft. Heute steht es noch an Hemmungen durch eine politische und fiskalische Wirtschaftspolitik eingestellter Gesetzgebung. Darin muß ein Wandel eintreten, wenn ein Rückschlag, der die Ernährung gefährdet, vermieden werden soll. Wie beim Begrüßungsabend, so wurden auch beim gemeinsamen Mittagessen nach Schluß der Tagung Tischreden auf das Vaterland, den württ. Landesverband, den Reichsverband und seine Leitung und die Ehrengäste gehalten. Ueber 600 Personen fuhren mit Sonderzug nach Friedrichshafen und auf 2 Dampfschiffen nach Lindau. Die Borarlberger bereiteten einen herzlichen Empfang. Am Denkmal der Kaiserjäger wurde durch Regierungsrat Genues ein Kranz niedergelegt. Der Marsch auf den Gebhardsberg wurde verregnet. In Lindau fand ein geselliges Zusammensein statt, bei dem Vertreter der Landesregierung, der Stadt und des Genossenschaftsverbandes von Borarlberg Ansprachen hielten. Freiherr von Heinke und Oberregierungsrat Maier-Stuttgart erwiderten. So herzlich wie der Empfang war der Abschied. Die abfahrenden Schiffe wurden durch Begleitzer Frauen noch mit Blumen überschüttet. Die österr. Kapelle spielte „Deutschland, Deutschland, über alles“. Die Vertreter des württ. Landesverbands durften den Dank der Gäste und die Anerkennung für die Veranstaltung entgegennehmen.

Eine Falschmeldung.

(S.G.B.) Stuttgart, 5. Sept. Die Süddeutsche Arbeiterzeitung vom 5. 9. 22 veröffentlicht unter der Ueberschrift „Waffentransporte“ eine Meldung, wonach am letzten Montag ein größerer Waffentransport von Stuttgart nach Tübingen gegangen sein soll. Dieser Waffentransport soll mit den Vorbereitungen für die am kommenden Sonntag in Tübingen geplante Regimentsfeier im Zusammenhang stehen. Wie wir von zuverlässiger Seite hierzu erfahren, handelt es sich um einen Transport der Reichswehr, der nach Tübingen ging und für die augenblicklich dort stattfindenden Übungen bestimmt war. Mit der Regimentsfeier in Tübingen steht die ganze Angelegenheit in keinerlei Zusammenhang.

Großfeuer.

(S.G.B.) Vom Bodensee, 5. Sept. Im badischen Städtchen Kenzingen brach Großfeuer aus, das 4 Wohnhäuser und 4 Scheunen niederlegte. Die Brandursache ist noch nicht ermittelt.

Bad Teinach, 6. Sept. Jordan's Meisterbilder-Andacht, die letzten Sonntag in unserer Kirche stattfand, hatte auf Kurgäste und Einheimische — auch aus der Umgegend — große Anziehungskraft ausgeübt und nahm einen in jeder Hinsicht würdigen und feierlichen Verlauf. Unter den Meisterbildern aus dem Leben Jesu machten besonders tiefen Eindruck die originalgetreuen gemalten Passionsbilder des schwäbischen Malers Gebhardt Fugel aus der Elisabethenkirche in Stuttgart. Aus dem Erlös der Bilder-Andacht spendete Herr Jordan 500 Mark für den Glockenfonds.

Nagold, 4. Sept. Am Sonntag nachmittag fand, wie der „Gesellschaftler“ meldet, im Gasthaus zur „Sonne“ in Eßhausen eine zahlreich besuchte Anschauung des Landw. Bezirksvereins statt, die sich mit sehr wichtigen Fragen wie der der Getreideumlage befaßte. Der Vorsitzende Kleiner-Eßhausen begrüßte die Erscheinenden, insbesondere die Vertreter der Stadtbevölkerung, die Herren Stadtschultheiß Maier und Prof. Bauer, Nagold. Der Redner beleuchtete sodann die heurigen Ernteergebnisse, die weit geringer seien als alle Schätzungen ahnten und im Durchschnitt 20-25 Prozent der Ernte des Vorjahres nicht übersteigen. Deshalb sei auch die Getreideumlage, die bekanntlich annähernd das Doppelte des vorjährigen Quantums verlange, vollständig unmöglich. Ebenjowenig könne ver-

langt werden, daß zu einem Zehntel des Marktpreises abgesetzt werden solle, damit auch die reichsten Leute verbilligtes Brot essen können. Das Marktbrot gehöre nur gewissen Kreisen, und in der Presse sind neuerdings auch Meldungen aufgetaucht, die diese Forderung vertreten. Es sei auch die Frage, ob man nicht bei der Amislerperschäft vorzuziehen werden solle um Zuschuß zum Umlagepreis. Der folgende Bericht der Obmänner der Ortsvereine über das Ernteergebnis gab den diesbezüglichen Ausführungen des Vorsitzenden leider recht. Schließlich verlas der Vorsitzende eine von Herrn Gutsbesitzer Dettling-Oberaltheim verfaßte Resolution, die „schärfsten Protest gegen die Wiederholung der Getreideumlage ausdrückt, jede Mitarbeit an der Aufbringung der Umlage ablehnt und verlangt, daß als Gegenleistung pro Ztr. Getreide 1 Ztr. 20prozentiger Kunstdünger geliefert werden müsse, weil dadurch der Hebung der Produktion am besten gedient sei“. — Herr Stadtschultheiß Maier-Nagold dankte für die Einladung und die Ermöglichung der heutigen Informationen. Es sei klar, daß vom grünen Tisch aus das Umlageverlangen leichter zu stellen sei als in der Praxis. Die Preisfestsetzung müsse der Zeit angepaßt werden. Er forderte schließlich auf, das Gesetz zu respektieren. Die geäußerten Gedanken des Vorsitzenden, an die Amislerperschäft um Zuschuß heranzutreten und die Forderung, nur gewisse Kreise mit verbilligtem Brot zu versorgen, seien ihm sympathisch. — Die darauf folgende Abstimmung ergab die Annahme der vorerwähnten Resolution.

(S.G.B.) Tübingen, 5. Sept. Mit einem Aufwand von 200 000 Mark soll beim Gaswerk eine städtische Ökranlage geschaffen werden. — Der Anteil der Stadt an der Wirtschaftsbeteiligung für Kapital-Kleinrentner beträgt 90 000 Mark. Jeder Kleinrentner erhält 2000 Mark. — Es wurden die üblichen Erhöhungen für Gas, Wasser, Kohlen, Elektrizität usw. vorgenommen.

(S.G.B.) Ulm, 5. Sept. Nach der Statistik des Wohnungsamts gibt es in Ulm 2359 wohnungsuchende Familien, wovon 269 Gesuche sehr dringend sind. Von auswärts suchten 378 Einzelpersonen nach um Zuzug. 61 wurden abgewiesen.

Obermeistertag der württ. Metzger.

Stuttgart, 4. Sept. Am Montag fand ein aus dem ganzen Lande zahlreich besuchter Vertretertag des württ. Metzgergewerbes statt. Der Geschäftsführer Wolf wies darauf hin, daß die Schlachtviehpreise eine Höhe erreicht haben, die es der Mehrzahl der Verbraucher fast unmöglich mache, noch Fleisch zu kaufen. Schuld sei vor allem die Aufhebung der Kontingentierung der Schlachtvieh-ausfuhr aus Württemberg. Die Konkurrenz zwischen rheinischen, badischen und einheimischen Händlern habe die Preise in Württemberg immer mehr in die Höhe getrieben. Seit dem 2. August 1921, dem ersten Markt nach der Aufhebung der Kontingentierung, haben sich die Preise bei Ochsen um 33,10 Proz., bei Rindern um 84,59 Prozent, bei Kühen um 92,59 Proz., bei Mäbern um 122,98 Proz., bei Schweinen um 68,03 Proz. erhöht. Außer dem Handel hat auch die Landwirtschaft Schuld an den Zuständen. Die Viehhalter haben sich daran gewöhnt, ihren Forderungen die Notierungen am Stuttgarter Markt und bei den Häuteauktionen zu Grunde zu legen. Das kann nicht genug beurteilt werden und ist hauptsächlich an der Preissteigerung schuld. Hier sollten die Behörden einschreiten und zusammen mit den Organisationen „Angemessenheitspreise“ festsetzen. Von der Eisenbahn sollten die Viehtransporte tariflich besonders berücksichtigt werden. Ein Wagen Großvieh z. B. kostete 1914 von Ravensburg nach Stuttgart 76 M., im August 1918 114 M., im September sogar 11 923 Mark. Die württ. Regierung sollte in Berlin auch in dieser Richtung auf Verbilligung hinwirken. Die Metzger gehen bei ihren Preisforderungen nur soweit, als es unbedingt zur Erhaltung ihrer Existenz notwendig ist. In ganz Württemberg ist die Zahl der Schlachtungen bedeutend zurückgegangen. In Stuttgart allein von 26 888 im ersten Vierteljahr 1922, auf 20 324 im zweiten Vierteljahr, also um 24,42 Proz. Diese Abnahme hat sich im Juli und August noch bedeutend fortgesetzt. Zahlreiche Geschäfte mußten schon geschlossen werden. Abhilfe war bis jetzt nicht zu erzielen. Der Ruf nach Wiedereinführung der Kontingentierung war bis jetzt vergeblich. Trotz aller Vorstellungen des württ. Ernährungsministeriums war bis jetzt in Berlin nichts auszurichten. Auch die Kontingentierung der Ausfuhr der Schweine war nicht zu erreichen. Die Metzger ver-

Von rotem Gold ein Ringelein.

Erzählung aus dem Haller Straußenkrieg. Von Hans Reinhart.

1. Fortsetzung.

2. Der Siedertanz.

Vor langer, langer Zeit sollen ledige Siedersöhne auf dem Unterwöhr, der Insel zwischen den beiden Kocherarmen, am Feiertag Peter und Paul ein gefährliches Feuer in der gegenüber liegenden Dorfmitte entdeckt und gelöscht haben. „Wegen dieser großen Brunnst und daß die Sieder das äußerste in der Rettung der Dorfmitte getan, Leib und Leben dabei gewagt, muß ihnen alle Jahr auf den heiligen Pfingstmontag der Dorfmüller einen großen Mühlentuch neben Weid und Schiffslein Baden und liefern“, so sagt eine Haller Chronik. Und dieses herrliche Kuchenessen, verbunden mit Tanzlustbarkeit ist das hergebrachte Siedersfest in Hall.

Auch an Peter und Paul im Jahre 1515 wird es gefeiert. Unter den 16 Hofburschen und Hofjungfern, die nach altvorgeschiebener Ordnung an drei Sonntagen vorher miteinander, die beiden erstenmal rot und das lehtemal schwarz, in feierlichem Zug zur Kirche gegangen, sind auch Fritz und Maria gewesen. In stillem Glück ziehen sie nun am Festtag selbst im Zug wieder an die Dorfmitte, wo der 1 Pfund schwere Kuchen abgeholt und dann in das Kuchenhaus gebracht wird. Fritz trägt grüne Strümpfe, rotes Gewand, schwarze Kniehosen und schwarzen Hut; sie ist wieder in rotem Rod, drauf ein weißes Schürzlein v. ang, schwarzem Mieder und schwarzem Häubchen. Unter den Klängen von Trommel und Querpfeife geht nun der Zug auf das Unterwöhr. Hier setzen sich die Musikanten auf ein paar umgestürzte Balken und beginnen zu spielen. Wie die andern Burschen

nimmt Fritz Maria nur ganz züchtig am Finger und führt sie ernst, fast feierlich im Reigen, wie es alte Sitte ist, die sogar das Lachen oder Sprechen verbietet. Alle halten sich streng an Brauch und Herkommen, doch Fritz muß ein Wortlein sagen. Leise fragt er mit einem Blick auf ihre Hand: „Wo hast du das Ringelein?“ — „Morgen will ich's tragen“, flüstert sie leise zurück.

In glücklichem Beisammensein haben sie nun auch abends am Festessen im Kuchenhaus teilgenommen, eines froh an der Gegenwart des andern. Am folgenden Tag ist nun wieder Tanz auf dem Unterwöhr. Lebhafter wie immer am zweiten Tag des Festes geht es zu. Zudem bewegt die jungen Salzi-der ein anderes. Am kommenden Morgen wollen sie auf die Straußenjagd gehen. Nichts soll davon verlauten; aber Fritz muß es doch seiner Tänzerin anvertrauen. Es ist ja unerhört, wie dieser freche Straußenräuber im Hällischen haust. In Heimbach hat er zwei Bauern totgeschossen, hier und an andern hällischen Orten Häuser angezündet. Nun hält er regelrechtes Kriegsvolk um sich versammelt. Schon oft hätten ihn die Haller erwischt, aber immer ist er wieder auf Waldenburgisches oder Dehringer Gebiet entkommen, die ihr eigenes Hoheitsrecht haben, und immer wehren hier Reifige den Hallern den Eintritt. Es ist himmelschreiend! Haller Kaufleuten leert der Straußenräuber die Frachtwagen, und kürzlich hat der Unmensch dem Sohn einer armen Schuhmacherswitwe mit dem Beck die linke Hand abgehauen, sie dem Burschen an einer Schnur um den Hals gehängt und ihr also in die Stadt geschickt. Nun ist es genug! Vom Berg herab blickt der Bau des stolzen Büchsenhauses, und links davon thront die Michaelskirche. Und diese Stadt, dieses Hall soll sich von so einem einzigen Mann — einem Straußen-

räuber — noch länger schmähen lassen! Die Haller haben Wind bekommen, wohin er morgen fahren werde, und die Burschen wollen sorgen, daß nun sein Stündlein schlage. Wenn nun auch nichts davon gesprochen werden darf, die Entschlossenheit und Abenteuerlust blüht ihnen aus den Augen. Auch in Fritzens Gesicht leuchtet es auf. Aber noch ein feinerer Glanz kommt dazu, wenn er Maria im Tanze dreht. „Ist es nicht ein gefährliches Unternehmen? Der Strauß schreckt ja vor nichts zurück!“ Aber er lacht nur übermütig. Er ist ihrer nun ganz sicher: Sie trägt ja heute sein Ringelein, seinen Glücksring, und beseligend geht es beiden durch den Kopf: „Der Bursche steckt ans Fingerlein zur frohen Maienzeit von rotem Gold ein Ringelein der allerhöchsten Maid“. Wie sollte er Furcht haben!

Auch der Stättmeister ist den ganzen Nachmittag im Kreise der fröhlichen Jugend, und er ist aufgeräumter und freundlicher als sonst. Aufmunternd nickt er da und dort den Hofburschen zu, die morgen von der Stadt eine Schande nehmen wollen, die alle demütigte. Auch an Fritz und Maria kommt er, seine Gattin am Arm, vorbei, als sie eben vom Tanz veratmen. „Einen guten Tänzer hast“, sagte er schelmisch lächelnd zu dem Mädchen und weidete sich an ihrem lieblichen Erdröten und ihrer schönen Gestalt. „Und was die Jungfer für einen noblen Ring hat!“ fügt die Stättmeisterin lauernd hinzu und mißt Maria mit einem scharfen Blick. Auch der Stättmeister blickt nun seltsam. Dem Mädchen wird ganz heiß, und es ist eine schwüle Pause. Die beiden Alten gehen weiter. „Was die Stättmeisterin mit mir hat und mit dem Ring!“ flüstert sie angsterfüllt. — Was soll er sich jetzt darüber Gedanken machen! „Was sieht es dich an! Sie neidet dich halt darum. Komm, eh der schöne Tag zu Ende geht!“ (Fortsetzung folgt.)

langen, daß vor allem gegen Händler und Käufer, die sich Preis-
treibereien und Kettenhandel zuschreiben können lassen, vorgegangen
wird. Alle den Schlachtvieheinlauf erschwärenden behördlichen Maß-
nahmen müssen aufgehoben werden und dem Metzger muß wieder
freie Hand gegeben sein, wo er innerhalb Württembergs sein Schlacht-
vieh kaufen will. Die Meinung, daß dies preissteigernd wirken könne,
ist falsch. Im Gegenteil würde der ungesunde Zwischenhandel aus-
geschaltet und dadurch die Fleischpreise verbilligt. Dem Verkauf von
Gefrierfleisch ist vom Metzger besondere Aufmerksamkeit zu schenken.
Gegen die von den Gewerkschaften geforderte Wiedereinführung der
Zwangswirtschaft müsse energisch Front gemacht werden. Das Metz-
gergewerbe sei heute auf die Selbsthilfe angewiesen, die Regierung
sei aber darauf hinzuwirken, daß es höchste Zeit ist, eine andere Poli-
tik dem Mittelstand gegenüber einzuschlagen und ihn vor Ueberlastung
und Aufsaugung zu schützen.

Nach eingehender Aussprache wurde einstimmig folgende
Entscheidung angenommen: Die heute hier anwesenden Ver-
treter des Württ. Metzgergewerbes bedauern die außerordentlich miß-
lichen Verhältnisse, die im Ernährungswesen, namentlich auch be-
züglich der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch, eingetreten sind.
Das Metzgergewerbe leidet mit am meisten unter der eingetretenen
Teuerung; es steht aber der fortgesetzten Steigerung der Viehpreise
müßlos gegenüber und glaubt, daß diese Steigerung nicht immer be-
rechtigt ist. Der Bezug von ausländischem Gefrierfleisch und Schmalz,
durch den der Teuerung seither noch einigermaßen entgegengetreten
werden konnte, ist durch den schlechten Valutastand und die hohen
Frachten nahezu unmöglich gemacht. Die Vertreter des Württ. Metz-
gergewerbes sprechen daher die Erwartung aus, daß die Regierung
eine gründliche Prüfung vornimmt, durch welche festgestellt wird,
ob die an den Schlachtviehmärkten geforderten Preise immer berechtigt
sind. Namentlich verlangt das Metzgergewerbe, daß die Frage der
Notwendigkeit der bereits ausgestellten Viehhandelscheine eingehend
nachgeprüft wird, daß zur Ausstellung von Viehhandelscheinen Ver-
treter des Württ. Metzgergewerbes herangezogen werden. Von der
Landwirtschaft wird erwartet, daß sie mit beiträgt, daß der endlosen
Steigerung der Viehpreise Schranken gesetzt werden. In der Herab-

setzung der Frachten für Vieh und Fleisch steht das Württ. Metzger-
gewerbe ein weiteres Mittel zur Verbilligung der Fleischpreise und
erwartet daher, daß von Regierungseite umgehend diesbezügliche
Schritte unternommen werden. Das Württ. Metzgergewerbe wird nach
wie vor von sich aus alles dazu beitragen, die Fleischpreise so niedrig
als möglich zu gestalten und auch so bald wie möglich den Gefrier-
fleischverkauf wieder aufzunehmen.

Die Preise für Vieh am Stuttgarter Schlachtvieh-
markt sind im August 1922, verglichen mit dem vorangegangenen
Monat Juli, in folgender Weise gestiegen:

	Juli 1922	August 1922
Ochsen	um 9,9 %	um 79,6 %
Jungriinder	um 7,6 %	um 75,5 %
Rühe	um 13,1 %	um 85,1 %
Kälber	um 4,1 %	um 101,3 %
Schweine	um 3,2 %	um 94,4 %

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Dollar stand gestern auf 1442 Mark, der Schweizer Fran-
ken auf 277 Mark.

Früchtestand in Württemberg.

Zu Anfang des Monats September wird vom Statistischen Lan-
desamt der Früchtestand in Württemberg wie folgt beurteilt: Haber
mittel (2,8), Kartoffeln fast gut (2,4), ebenso Hopfen (2,4), Zuder-
rüben (2,3), Runkelrüben (2,5), und die Wiesen (2,3). Der Stand
des Obstes wird bei Äpfeln auf 2,3, Birnen 2,6 und bei Weinbergen
auf 2,0 (— gut) bestimmt. Die verspätete Einbringung des Getrei-
des ist immer noch nicht ganz beendet, namentlich nicht in den höher
gelegenen Gebieten des Landes, wo Weizen und Dinkel noch draußen
stehen. Der Haber ist gleich dem übrigen Getreide vielfach sehr ver-
untrautet und ungleich reif, nicht selten auch stark gelagert und wird
einen das Mittel nicht erreichenden Ertrag geben. Die Kartoffeln ver-
sprechen einen guten, ja reichen Ertrag, doch leiden sie in schweren
Böden unter der zu großen Nässe und beginnen bereits krank zu

werden. Kanker- und Zuckerrüben lassen vielerorts eine Vollernte
erwarten. Den Wiesen und sonstigen Futtergewächsen ist das feuchte
Wetter zu statten gekommen. Der 2. Futterernte liefert einen reichen
Ertrag. Das Obst wird eine gute Ernte geben, wenn vereinzelt auch
Stürme Schaden anrichten. Sehr befriedigend stehen die Wein-
berge. Doch ist anhaltend warme und trodene Witterung dringend
notwendig, denn bereits macht sich da und dort als Folge der zu
feuchten Witterung das Auftreten der Leberleberkrankheit bemerkbar.

Märkte.

(S.C.B.) Stuttgart, 5. Sept. Dem Dienstagsmarkt am Vieh-
und Schlachthof waren zugeführt: 41 Ochsen, 22 Bullen, 250
Jungbullen, 238 Jungriinder, 262 Kühe, 354 Kälber, 468
Schweine, 26 Schafe u. 7 Ziegen. Unverkauft blieben Schweine,
Erlös aus je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen 1. 6700—7000,
2. 5800—6300, Bullen 1. 6200—6500, 2. 5400—5800, Jungriinder
1. 6800—7100, 2. 5850—6550, 3. 5000—5600, Kühe 1. 4900 bis
5400, 2. 4000—4500, 3. 2800—3500, Kälber 1. 8300—8600,
2. 7650—8000, 3. 7000—7500, Schweine 1. 13 000—13 400, 2.
11 000—12 550, 3. 11 200—11 800. Verkauf des Marktes bei
Großvieh besetzt, bei Kälbern und Schweinen mäßig besetzt.

(S.C.B.) Nieslingen, 5. Sept. (Jahrmarkt.) Dem Jahrmarkt
waren 158 Pferde, 25 Ochsen, 30 Kühe, 35 Kalbse, 53 Jung-
riinder, 5 Mutter-, 4 Läufer- und 728 Stück Milchschweine zu-
geführt. Pferde kosteten 50 000—100 000 M., Ochsen 68—85 000 M.,
Kühe 50—70 000, Kalben bis 90 000, Jungriinder unter 1 Jahr
15—45 000, Mutterschweine 27—35 000, Läufer 5—6000, Milch-
schweine 3100—4200 Mark.

(S.C.B.) Neutlingen, 5. Sept. Bei der städtischen Obstver-
steigerung wurden für etwa 200 Zentner Mostbirnen und
10 Zentner Zwetschgen 41 600 Mark erzielt. Der Zentnerpreis
beträgt also durchschnittlich nicht ganz 200 Mark.

Die örtlichen Kleinhandelspreise hängen selbstverständlich nicht an den Wiesen- und
Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verbesse-
rungen in Anschlag kommen. D. Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Calw.
Druck und Verlag der A. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Bekanntmachung über Errichtung einer Schlächtereianlage.

Metzger Georg Fenchel in Breitenberg
beabsichtigt, auf dem Grundstück Parz. Nr. 214/2 am Orts-
weg Nr. 11 ein Wohnhaus mit einer Schlächtereianlage
zu errichten.

Einwendungen gegen das Vorhaben sind binnen 14
Tagen, vom Ausgabetag dieser Zeitungsnummer an gerech-
net, beim Oberamt vorzubringen.
Verspätet einlaufende Einsprüche werden in dem Ver-
fahren nicht berücksichtigt.

Die Akten liegen hier zur Einsichtnahme auf.
Calw, den 4. September 1922.

Oberamt: Amtmann Vogel, A.-B.

Für einige Stunden bei Tag oder am Abend wird
zum Maschinenschreiben eine tüchtige
männliche oder weibliche Kraft gesucht
als Aushilfe von einer hiesigen Behörde.

Angeb. erbeten unter C. 207 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Am Samstag nachmitt. 2 Uhr

verkauft ein

größeres Quantum Obst
auf den Bäumen
Hofgut Georgenau.

Große Holz-, Möbel- und Werkzeug-Versteigerung!

Christian Wuchter, mech. Möbelschreinerei
Gehingen, (Bahnhofstr. Altkönigsfeld)

bringt infolge Umzugs entbehrungshalber

Samstag, den 9. September 1922,
nachmittags von 1 Uhr ab:

folgende Gegenstände gegen sofortige Uebernahme und Bar-
zahlung zum Verkauf:

- 1 tabellos erhaltenes Tafel-Klavier, 1 neuen
weißemaltes Küchengerät mit Anhang und
Nickelgeschloß, 1 weißes neues Kofett, 1 Wasch-
kessel, 1 Auszugstisch (eichen) mit 4 Sesseln,
1 Schreibtisch, 1 Sofa-Umbau, 1 komplettes
Gastzimmer (tann.), zirka 40 Stück Rehgeweide;
zirka 20 cbm. Eichenholz,
(7jährig, 30—60 mm stark),
zirka 10 cbm. Fichten,
(12—35 mm stark),
zirka 2 cbm. Birnbaum,
(20 mm stark),
zirka 300 Stück Möbelschloßer, Beschläge und
Schrauben. Ferner: 1—2 la. Hobelbänke mit
komplettem Werkzeug, sowie Fourniere und
sonstige Schreinereiarbeiten aller Art.

Forstamt Hirsau. Stockholz- u. Werk- holz-Verkauf.

Am Freitag, 8. Septbr.
vormittags 11½ Uhr werden
von der Weglinie am Alt-
burgerberg 16 Löße Stockholz
geschätzt zu 50 Rm, aus Eichen-
hardt 3 Rohlstich und 7
Kohlhütte 1 Rm Ulme, 1 Rm.
Birkie Ausschuhholz verkauft
Zusammenkunft beim Pa-
villon am Altburgerberg.

R. V.

Morgen Donnerstag
Zusammenkunft
im „Bürgerstübli“.

Zugelassen

ist mir ein langhaariger
Stumper.

Abzuholen gegen Einrück-
ungsgebühr u. Futtergeld bei
Gulde, Ottenbrunn.

Zum 1. Oktober eventl.
früher suche ich ein ordent-
liches, ehrliches

Mädchen

wenn auch noch nicht gebiert.
Frau Apotheker
Hartmann, Neue Apotheke

Mädchen

für Küche und Haushalt in
kleiner Familie nach Ludwigs-
burg, evtl. auch nur zur Aus-
hilfe ab 15. September bis
5. Oktober nach Liebenzell
gesucht
Vorzustellen

Vad Liebenzell,
Waldhaus Jakob.

Ordentlicher junger Mann

(möglichst Radfahrer) als
Hausbursche

gesucht.

Näheres durch die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

Goldschmied

auf Juwelen-Imitation
wird angenommen.

Ebenso
ein Lehrling.

Ab. Boffert, Liebenzell,
Schiller-Allee.

Fallobst

verkauft
Wilhelm Dingler.

Die bestellten Schriftchen
Johann Valentin Andrea
Die Zerstörung Calw's
im Dreißigjährig. Krieg
am 10. September 1634
sind fertiggestellt,
dieselben wollen auf unserer Geschäfts-
stelle abgeholt werden.
Preis das Stück Mark 20.—

Donnerstag Abend 8 Uhr
Tanzstunde
Brauerei Dreiß.
Klub „Germania“. Der Vorstand.

Klavier- und Harmoniumstimmer
kommt nach Calw und Umgegend. Aufträge für den
selben, wolle man auf der Geschäftsstelle des Blattes oder
bei uns selbst niederlegen.
Musikhaus Sattler, Forzheim,
Abt.: Pianos u. Stimminstitut, Tel. 1210 u. 7821.

Amerikaner
können ihre Rückfahrkarten jederzeit
sicher erhalten bei der Agentur der
Hamburg-Amerika-Linie
in Calw Buchhandlg. Olpp
(Marktplatz).
Kostenlose Beratung für Reisen nach
allen Plätzen in Uebersee, Fahrkarten
vorrätig.

Spar- u. Konsumverein Calw und Umgegend e. G. m. b. H.

Am 17. September 1922, nachmittags 2 Uhr,
findet im Saale der Brauerei Dreiß unsere
ordentliche Generalversammlung

statt.

- Tages-Ordnung:
1. Geschäfts-Rassenbericht und Entlastung des Vorstandes.
 2. Beschlußfassung über die Verteilung der Ertrübrigung.
 3. Ergänzungswahlen des Vorstandes und Aufsichtsrates.
 4. Satzungsänderung.

Anträge sind bis spätestens 14. ds. Mts. beim Vor-
sitzenden des Aufsichtsrates einzureichen.

Calw, den 5. September 1922.

Der Aufsichtsrat Vors. Franz Breuer.

Bad Liebenzell.
Hotel Restaurant Kurpark
« Josef Sommer »
ab Donnerstag, den 7. Septbr.
geschlossen.

Mein Geschäft und Laden
halte ich weiterhin
bis 16. September
geschlossen.
Süddeutsche Del u. Fettwaren-
Industrie Calw - Wilhelm Haaf.

10 Tagelöhner
finden sofort Beschäftigung bei
Ulber & Stäbler, Bauwerkmeister, Calw.

Bestellungen auf
gelbe Rüben
für Speise u. Futterzwecke
nächste Woche eintreffend
erbitet umgehend
Otto Jung,
Fernsprecher 80.

4 alte und 2 junge
Hühner
zu verkaufen
Untere Brücke 195



Nr. 208.

Ercheinungswelle:
Reklamen Bl. 15—16

Neu

Der Privatvertrag zw.
Vertreter eines groß-
Leiter der französi-
Wiederaufbau Frank-
werden. Der Ver-
Staatssekretär M. i.
eignet sei, zur poli-
Deutschland und Fr-
in der Linie der w-
Lingspolitik, zum B-
auf französischer S-
Schwierigkeiten ent-
ihm zugestimmt. G-
gen nachträglich gut-
wehrt hat.

Auch die deutsch-
die von Belgien v-
Schatzwechsel werde
Bemelman hat erklä-
erhalten, ohne den
müssen. Von deutsch-
werden, um bald zu-

Ueberhaupt scheinen je-
gesamte Reparation-
führen. Es wird un-
nenber eine S-
Staaten statfind-
sammenhang mit der

Die deutsch-polnischen
seitigen Wirtschaft-
sicher Seite ist das
barischen Verhältnis

Die Türken scheinen
damit die griechische
damit das griechische
Aufmunterung durch
rühmlichen Ende er-
sprüche der Griechen

Die

Die deutsch-bel-

Optimistische
Paris, 6. Sept. L-
Agence Havas folgen
Tages der Verhand-
ten und der deutschen
nur vorbereitenden G-
den wir uns beim R-
die Vorschläge der de-
zeugung, daß die bei-
Sicherheiten bieten la-
resterbe der Reichsbar-
wir nur bei äußerster
den. Wenn man deut-
sich nur um einen au-
Optimist und glaube,
werden. Ich rechne
der abreifen können.

Optim

Berlin, 6. Sept.
Tanzler waren die b-
von dem belgischen G-
begleitet. Die Herren
Dr. Hermes. Man ist
geschäftlicher und förl-
scher Seite ist man
Belgiens die Auffind-
der Verhandlungen z-
Ankunft der L-
Berlin, 6. Sept.
gestern hier eingetro-
melman und Pfi-
empfangen. Nach d-
Verhandlungen mit